

Im Visier

Mehr Wettbewerb in der Politik

Die soziale Marktwirtschaft als gesellschaftliches und wirtschaftliches Leitbild wird heute nahezu als selbstverständlich angesehen. Man könnte sogar das Adjektiv „öko“ hinzufügen, damit „öko-sozial“ entsteht. Schließlich spricht sich niemand ernsthaft gegen „öko“ und „sozial“ aus – insbesondere, wenn beides dank der Marktwirtschaft finanzierbar ist. Doch die soziale Marktwirtschaft ist mehr als eine modische Kombination von Worten. Sie integriert heute drei wesentliche Ziele, die den Bürgern am Herzen liegen: gute materielle Lebensbedingungen, effektiver sozialer Ausgleich und Erhalt der Umwelt. Ihre Leistung besteht nicht darin, diese drei Ziele zu verfolgen, sondern darin, wie sie die inhärenten Zielkonflikte löst. Leider gefährden viele Maßnahmen, die für Politiker attraktiv erscheinen und darauf abzielen, Wirtschaft, Soziales oder Umweltschutz kurzfristig zu fördern, langfristig das Fundament der sozialen Marktwirtschaft. Denn Wirtschaft, Soziales und Umwelt stehen nicht nur oft im Zielkonflikt zueinander, sondern jede Dimension birgt in sich Sprengkraft.

So besteht in der Sozial- und Umweltpolitik die Gefahr, dass politische Entscheidungsträger die Marktwirtschaft untergraben. Viele Parteien streben „Gerechtigkeit“ an und meinen damit Einkommensumverteilung. Die Geschichte hat jedoch wiederholt ein massives Versagen der Politik bei großen Umverteilungsmaßnahmen aufgezeigt. Ein Grund dafür liegt darin, dass umfangreiche Umverteilungsmaßnahmen sowohl auf der Geber- als auch auf der Empfängerseite systematische Anreize zur Verfälschung der Einkommenssituation und der eigenen Bedürfnisse schaffen. Ähnlich birgt die Umweltpolitik ein riesiges Potenzial, von einzelnen Industrien für Subventionen oder ihnen dienliche Marktregulierungen missbraucht zu werden. Sogenannte „grüne Energieanbieter“ sind am Ende im Regelfall auch auf Profit und Eigeninteressen ausgerichtet.

Die Subventionierung erneuerbarer Energien ist im Ergebnis oft teuer und hat eine Tendenz zur Umverteilung von arm zu reich. Politische Anreize, übermäßige Sozial- und Umweltpolitik zu betreiben, entstehen vor allem dann, wenn die Kosten nicht sofort, sondern erst in der Zukunft anfallen. Die verzerrte politische Vertretung gegenwärtiger

und insbesondere zukünftiger Interessen gefährdet durch schwer einlösbare Wahlversprechen und Verschuldung die materiellen Lebensbedingungen.

Von einer gelungenen Vereinigung der Dimensionen Wirtschaft, Soziales und Umwelt unter Berücksichtigung der natürlichen Zielkonflikte könnten alle profitieren. Doch groß sind die Anreize aller Entscheidungsträger, auf Kosten der Allgemeinheit andere Ziele als die Mehrung des Wohlstands der Bürger zu verfolgen. Die Untergrabung der sozialen Marktwirtschaft ist nicht erstaunlich, denn in der Politik agieren nur Menschen. Sie haben zwar möglicherweise das Gemeinwohl im Sinn, aber eben auch ihr eigenes Wohl sowie die Interessen von ihnen Nahestehenden, von Unternehmen, NGOs, Aktivisten oder ihres engen Wählerklientels.

Die soziale Marktwirtschaft ermöglicht Wohlstand für alle, wenn Politiker die richtigen Anreize haben. Zentral dafür sind wettbewerbliche Rahmenbedingungen in der Politik. Wettbewerb in Märkten bringt Produzenten näher zu den Wünschen der Konsumenten, vermag Innovation zu stimulieren, womit nachhaltige Sozial- und Umweltpolitik einfacher finanzierbar wird. Ähnlich führen wettbewerbliche Rahmenbedingungen in der Politik dazu, dass die eigentlichen Kunden der Politik, die Bürgerinnen und Bürger, stärker in den Vordergrund rücken und neue, bürgerdienliche Politikideen entwickelt werden. So bildet Wettbewerb in der Politik ein Fundament für die soziale Marktwirtschaft, damit sich alle Entscheidungsträger stärker und dauerhaft an den Zielen der Bürger ausrichten.

Mehr Wettbewerb in der Politik ist auf vielfältige Weise realisierbar: Föderalismus und Dezentralisierung fördern den Wettbewerb zwischen den Gebietskörperschaften und den verschiedenen Staatsebenen. Mehr Wettbewerb zwischen Ländern und innerhalb der Europäischen Union erlaubt Vergleiche und die Übernahme guter Politiklösungen. Wettbewerb in der repräsentativen Demokratie kann durch den Ausbau der Direktwahlen von Politikern sowie getrennter Wahlen für die Legislative und Exekutive gestärkt werden. Instrumente der Bürgerbeteiligung helfen, bestehende politische Machtkartelle zu sprengen und schaffen gleichzeitig Informationen über die Anliegen der Bürger.

Prof. Dr. David Stadelmann, Bayreuth